

Europaausschuss stellt Weichen für mehr Geld und Macht für Brüssel und stößt auf entschiedene Ablehnung durch die AfD

Auf entschiedene Ablehnung durch die Alternative für Deutschland stößt der Vorstoß zur Umwandlung beziehungsweise Überführung des Europäischen Fonds zur Eurorettung (ESM) in einen Europäischen Währungsfonds (EWF), der unter enormem Zeitdruck im Europaausschuss des Landtags beraten wurde – obwohl es dabei für baden-württembergische Steuerzahler um Milliardenbeträge geht und die Abstimmung im Bundesrat unmittelbar bevorstand. „2011 unter massiven Widerstand und Bedenken aus der Taufe gehoben, um marode Euro-Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Spanien oder Portugal vor der Pleite zu retten, birgt bereits der ESM hochriskante Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland“, erläutert Dr. Heiner Merz, europapolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion. „Und nun soll dieser ESM, der wenigstens noch unter Kontrolle der ihn tragenden Nationalstaaten steht, entsprechend dem Willen Brüssels zu einem autark von Brüssel bestimmten Geldverteilungsinstrument werden, um weitere sogenannte Rettungsfunktionen zu übernehmen – welche nichts anderes sind als die Rettung von Pleitebanken oder EU-Pleiteststaaten.“

EU schafft sich Maschine zur Geldbeschaffung in Billionenhöhe

„Neben der sogenannten Euro-Rettung wäre der EWF auch für die Letztfinanzierung der Bankenrettung zuständig und soll zudem ‚innovative Finanzierungsinstrumente‘ entwickeln – was eine Eurokratenumschreibung für faktische Eurobonds ist“, so Merz weiter. „Die EU schafft sich damit eine Maschine zur Geldbeschaffung per Verschuldung in Billionenhöhe – für die letztlich Deutschland haftet, per Ausfallbürgschaft für nicht zahlungsfähige andere EU-Staaten auch im Extremfall alleine für die gesamte Schuldenhöhe.“

Bedenkliches Finanzrisiko in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro für Deutschland

Um welche Summen es dabei geht, macht ein Blick zurück in das Jahr 2011 deutlich. „Nur durch ein Urteil des Verfassungsgerichts konnte damals das Finanzrisiko durch den ESM für Deutschland auf 190 Milliarden Euro begrenzt werden. Rund 170 Milliarden Euro davon, das entspricht zwei

Drittel eines gesamten Bundeshaushaltes, muss der Bund im Fall des Falles innerhalb von sieben Tagen nach Anforderung durch den ESM ohne Recht auf Widerspruch bereitstellen“, unterstreicht der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion. „Dieser Mechanismus wurde bisher durch ein Urteil des Verfassungsgerichts beschränkt. Durch die Umwandlung in eine EU-Institution wird der EWF dann jedoch der Rechtsprechung des EuGH unterliegen und eine Haftungsbegrenzung für Deutschland wird über kurz oder lang hinfällig!“ Zudem stößt die beabsichtigte Inthronisierung eines umfassend ermächtigten Wirtschafts- und Finanzkommissars der EU, der den massiven Machtzuwachs Brüssels widerspiegeln würde, bei der AfD ebenso auf Kritik wie die Einführung eines „zertifizierten Steuerpflichtigen“ auf EU-Ebene. Die AfD kritisiert die Bereitstellung erheblicher Geldmittel für Nicht-Euro-Staaten wie Rumänien oder Bulgarien, um die Einführung des Euro in diesen Ländern zu fördern, und sieht die Stärkung der EU-Steuerbehörde ‚Eurofisc‘ ausgesprochen kritisch, denn auch hier ist anstatt einer Effizienzsteigerung nur weitere Bürokratisierung sowie die Schaffung neuer Aufgabenfelder für ‚Eurofisc‘ zu erwarten.



AfD kämpft gegen Machtzuwachs Brüssels

Eine Überführung des ESM in EU-Recht sei ebenso gegen deutsche Interessen gerichtet wie das Zuschreiben weiterer Aufgaben, die letztlich alle auf Finanztransfers aus Deutschland in die Südländer hinauslaufen, so Merz abschließend. „Ein EU-Finanzkommissar in der vorgeschlagenen Form würde über enorme Macht verfügen und könnte sich zugleich jeglicher demokratischer und rechtlicher Kontrolle entziehen. Auch die grün-schwarze Landesregierung ist nicht willens, sich gegen diese mehr als bedenklichen Maßnahmen zu wehren. Gegen den Machtzuwachs Brüssels auf Kosten Deutschlands ist aus Baden-Württemberg – mit Ausnahme der AfD – kein Widerstand zu erwarten.“

Liebe Leser, nach zwei Jahren Grün-Schwarz wird deutlich, dass sich die Regierung, auch nach dem Austausch der „Sozial“demokraten durch die Union, weiterhin bürgerferne Entscheidungen trifft. Es hat sich bestätigt, dass die Vertreter der Altparteien längst vergessen haben wofür sie gewählt wurden und was die Menschen in unserem Land zuvorderst von ihnen erwarten: Innere Sicherheit, eine gute Infrastruktur, eine breite Gesundheitsversorgung und die Möglichkeit, sich eine sichere Zukunft zu schaffen. Stattdessen beugen sie sich meist unwidersprochen EU-Vorgaben, die uns langfristig das Wasser abgraben werden und belassen es bei den wichtigen Themen bei der Selbstbeweihräucherung. Die AfD steht weiterhin dafür, dass wichtige Themen nicht unter den Tisch fallen und im Landtag behandelt werden. Auch oder gerade, weil es den Altparteien weh tut.

Ihr Heiner Merz
Landtagsabgeordneter
für den Kreis Heidenheim



FRAKTION IM
LANDTAG VON
BADEN-
WÜRTTEMBERG



Alternative
für
Deutschland

Herausgegeben von Dr. Heiner Merz, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg.

V.i.S.d.P. Dr. Heiner Merz,
AfD-Fraktion, Konrad-Adenauer-
Straße 3, 70173 Stuttgart,
heiner.merz@afd.landtag-bw.de
www.afd-fraktion-bw.de,
facebook.com/heinermerzmdl

Innere Sicherheit

Der Innenminister lobt sich zu Unrecht

Auch in Heidenheim wurden für das Jahr 2017 weniger Straftaten und eine höhere Aufklärungsquote registriert. Beides ohne Zweifel auch ein Ergebnis der hervorragenden Arbeit unserer Polizeibeamten in Land und Kreis. Es macht deutlich, wie wichtig es ist, unsere Polizei konstant und an den Einsatzrealitäten orientiert, zu unterstützen.

Mehr Gewaltdelikte und Sexualstraftaten sind kein Erfolg, Herr Strobl!

Dennoch trägt das Sicherheitsgefühl vieler Bürger nicht. Tatsächlich hat sich die öffentliche Sicherheit auch im Kreis Heidenheim massiv verändert. So sind, im Vergleich zum Vorjahr, die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung um mehr als 38 Prozent gestiegen. Ebenso gestiegen ist die Zahl der Körperverletzungen und der Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum. Überdurchschnittlich hoch ist weiterhin der Anteil der nichtdeutschen Straftäter und erwartungsgemäß der, der Asylbewerber und sogenannten Flüchtlinge.



Landesregierung muss endlich durchgreifen

Es reicht also nicht die absoluten Zahlen zu betrachten, sondern auch, wie sich die Delikte verändert haben. Wie sich Innenminister Strobl vor diesem Hintergrund selbst loben kann, bleibt schleierhaft. Mehr Vergewaltigungen und Körperverletzungen sind sicher kein Erfolg, sondern ein Beleg für das langjährige Versagen aller Altparteien bei der Inneren Sicherheit. Um die Arbeit unserer Polizei zu unterstützen, müssen Straftäter auch endlich hart bestraft und straffällige gewordene Gäste von Frau Merkel konsequent abgeschoben werden. Dann darf Minister Strobl auch von Erfolgen sprechen!



Feuerwehr

Noch im September letzten Jahres sprach das Ministerium in der Antwort auf einen AfD-Antrag abweisend von einem „vermeintlichen“ Investitionsstau bei den Feuerwehren im Land. Probleme lassen sich jedoch nicht fortwährend ignorieren: Nur wenige Wochen später musste Innenminister Strobl zugeben, dass das aufgeworfene Problem doch der Realität entspricht. Trotzdem lehnte die grün-schwarze Koalition einen Antrag der AfD-Fraktion zur Erhöhung der Mittel für die Feuerwehren nur eine Woche zuvor, im Rahmen der Haushaltsverhandlungen, ab.



„Die AfD-Fraktion beantragte die Mittel für die Feuerwehren im Land zu erhöhen und den bekannten Investitionsstau zu beenden. Grüne, CDU, SPD und FDP sahen offensichtlich keinen Handlungsbedarf und lehnten den Antrag ab. Vor diesem Hintergrund ist leider zu befürchten, dass die Landesregierung auch die Frage zu mangelnden Ausbildungskapazitäten aussitzen möchte. Die Altparteien schieben das Problem nur weiter vor sich her.“

Dr. Heiner Merz
Feuerwehrpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Im Einsatz kommt es nicht auf nett gemeinte Worte von Politikern an, sondern darauf, dass sich die Einsatzkräfte auf ihr Material verlassen können.“, betont der feuerwehrpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Dr. Heiner Merz.

Auch FDP und SPD hatten den Antrag der AfD abgelehnt, das Thema aber inzwischen auch aufgegriffen. „Es ist erfreulich, dass auch die Scheinopposition inzwischen alarmiert wurde. Wir hätten das Problem aber bereits längst angehen können und schon in diesem Jahr mehr Gelder einplanen und vergeben können, wenn sich die Altparteien nicht so stur gestellt hätten. Dort steht Parteipolitik leider immer noch vor dem Engagement für die Bürger.“, so Merz. Der Einsatz der Feuerwehrleute für die Sicherheit der Menschen in unserem Land sei unbezahlbar und gerade deswegen so wichtig zu unterstützen. Die Altparteien müssten aufhören, das Thema fortwährend vor sich herzuschieben und endlich handeln.

Nichts mehr verpassen!

Aktuelle Infos in den sozialen Medien:



facebook.com/heinermerzmdl



twitter.com/heinermerz

„Wertschätzung und Anerkennung haben unsere Feuerwehrleute ohne Zweifel verdient. Das muss aber auch darin Ausdruck finden, dass den ehrenamtlichen Helfern alle notwendigen Mittel von den Fahrzeugen bis zur Ausbildung zur Verfügung gestellt bekommen.“